

Hohenstein-Ernstthal-Grünthaler Tageblatt

Anzeiger



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hohenstein-Ernstthal, des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrates zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von J. Ruhr Nachfolger Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Gersdorf, Rösdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschursdorf, Galtendorf, Grumbach, Ertshain, Ruchschappel, St. Egidien, Wästenbrand, Gräna, Mittelberg, Ursprung, Kirchberg, Eltsch, Pleiße und Ruchdorf.

Nr. 287 Donnerstag, 9. Dezember 1920 70. Jahrg.

Ausstand der Bergarbeiter.

Wie wir schon gestern mitgeteilt haben, ist die nach Berlin entsandte Delegation der Bergarbeitervereine und der Belegschaften nicht bindenden Bescheid zurückgenommen. Das Reichswirtschaftsministerium hat sich wohl den vorgetragenen Forderungen nicht verschließen vermocht, hat jedoch erklärt, von sich aus keine Zugeständnisse machen zu können und die Entscheidung dem Reichskabinett überlassen zu müssen. Wann diese Entscheidung erfolgt und wie sie ausfallen wird, darüber bestehen nicht einmal Vermutungen.

Die Belegschaften haben diese Entscheidung und weitere Verhandlungen nicht abgewartet und sind in den Ausstand getreten. Nachdem, wie gleichfalls schon gemeldet, bereits am Dienstag die Belegschaft von Florentin Räßner u. Co. in Reinsdorf nicht angefahren war, ist gestern auf sämtlichen Schächten des Zwickauer Reviers die Arbeit eingestellt worden. Die Belegschaften des Lugau-Oelsnitzer Reviers sind ihnen gefolgt; seit heute morgen wird auf allen Werken unseres Reviers nicht gearbeitet. Für heute Vormittag war eine Belegschaftsversammlung nach dem hiesigen Gasthof „Drei Schwanen“ und eine gleiche nach dem „Goldenen Becher“ in Zwickau einberufen worden; beide sind aber in letzter Stunde abgesagt worden, da weitere Verhandlungen zwischen dem Bergbauischen Verein und den Vertretern der Arbeiterchaft in Zwickau stattfinden sollen.

Es ist unmöglich, daß der Ausstand länger als nur ganz kurze Zeit dauern kann. Das Elektrizitätswerk a. d. Lungwitz muß von heute (Donnerstag) mittags 12 Uhr die Abgabe von Strom zu Kraft und Licht zwecken infolge Kohlenmangels einstellen. Von Einbruch der Dunkelheit an soll wieder bis zu Ende der Polizeistunde Strom für Beleuchtung abgegeben werden. Ob für die Nacht Strom geliefert werden kann, wird davon abhängen, ob das Werks in Schwarzenberg in Stande ist, uns mit Strom zu versorgen. Von morgen an kann aller Wahrscheinlichkeit nach Strom überhaupt nicht mehr abgegeben werden. Unser Gaswerk arbeitet vorläufig noch fort; bei längerer Dauer des Ausstandes wird auch dieses die Herstellung von Gas einstellen müssen.

Der Mangel an elektrischer Kraft wird für zahlreiche Betriebe in unserer Stadt und Gegend von verhängnisvoller Wirkung sein. Sie werden auf die Dauer des Ausstandes den Betrieb einstellen müssen, sodas die Arbeiterchaft verdienstlos wird. Schon aus diesem Grunde ist zu hoffen, daß der Ausstand so schnell als möglich sein Ende findet.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 8. Dezember.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die Wahl der ordentlichen Ausschüsse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Dr. Scherf (Dem.) den Antrag, den Finanz-Ausschuß A von 19 auf 21 Abgeordnete zu erhöhen, um der demokratischen Partei Gelegenheit zu geben, in dem genannten Ausschusse einen Sitz mehr zu haben, da die Kommunisten und Sozialdemokraten in diesem Ausschusse gleichfalls stärker vertreten seien, als ordnungsgemäß zulässig ist.

Abg. Soman (Deutschnatl.) wendet sich gegen diesen Antrag und wollte die Vorschläge des Aelterntenausschusses, die 19 Abgeordnete vorgesehene hatten, gewahrt wissen.

Hierauf ereignete sich ein Zwischenfall, indem Schriftführer Granz (Komm.) in ganz unparlamentarischen Ausdrücken gegen die prozentuale Zusammensetzung der Ausschüsse überhaupt Stellung nahm, deren Festlegung im Aelterntenausschusse er mit Auf- und Verbehalten verglich.

Als Granz jedoch im weiteren Verlaufe seiner mit dem schlimmsten Teile kommunistischer Agitationsarbeit geschmückten Ausführung den Landtag eine parlamentarische Forderung einbrachte, erging sich das Haus in erregten Zwischenrufen und Kammerpräsident Fräßdorf rief Granz in energischer Weise zur Ordnung.

Abg. Blüher (Deutsche Sp.) macht für seine Partei keine Einwendungen gegen den Antrag der Demokraten, ebenso wie der Abg. Müller (Soz.) den Wunsch der Demokraten unterläßt, worauf der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen Annahme fand.

Anschließend wurde eine Pause zur Konstituierung der Ausschüsse anberaumt. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wurde das Ergebnis bekannt gegeben wie folgt: Haushalts-Ausschuß A 1. Vorsitzender Abg. Fellisch (Soz.) 2. Vorsitzender Abg. Dr. Dehne, Haushalts-Ausschuß B 1. Vorsitzender Abg. Anders (Deutsche Sp.), 2. Vorsitzender Abg. Müller (Soz.), Rechtsauschuß 1. Vorsitzender Abg. Beutler (Deutschnatl.), 2. Vorsitzender Abg. Müller-Schleußig (Unabh.), Prüfungsausschuß 1. Vorsitzender Abg. Wente (Unabh.), 2. Vorsitzender Abg. Veithold (Deutschnatl.).

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 9. Dezember, vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: Wahl des Winterpräsidenten.

Zur Beamtenbewegung.

Da die Reichsregierung nicht die geringsten Anstalten trifft, die berechtigten Wünsche der Beamtenchaft nach einer materiellen Feststellung zu erfüllen, hat sich seitens der Beamten eine hochgradige Erregung bemächtigt, die in einzelnen Orten, wie Karlsruhe, schon zur Einstellung der Arbeit in Form der passiven Resistenz geführt hat. Wie das „W. Z.“ aus Frankfurt am Main meldet, hat die Haltung der Postbeamten auch auf Frankfurt a. M. übergegriffen. Ebenso haben die Postbeamten in Heilbronn erklärt, daß sie wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen nur das allerunvermeidliche Maß an Arbeit leisten werden. Eine Meldung aus Berlin zufolge hat die Beamtenbewegung auch auf die Ministerien übergegriffen. Die Beamten der Ministerien des Reiches und Preußens haben gleiche Forderungen erhoben, wie sie von dem Deutschen Beamtenbund aufgestellt sind.

Die Forderungen der Beamten.

Der Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereine, welcher sich dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Vorsitzender Wahlkreisminister Siegel) angeschlossen hat, überreichte der Regierung und dem Reichstag eine Reihe von Mindestforderungen, darunter allgemeine Erhöhung des Jahresverdienstes um 10 Prozent für sämtliche Beamten, Sonderfürsorge für die kinderreichen Familien und Auszahlung der Beiträge nach vor Weisungen. Der Beamtenverband verweist auf den Ernst der Lage und erwartet bestimmt die Erfüllung seiner Wünsche.

Weiter liegen uns noch folgende Meldungen vor: Berlin, 8. Dez. Der Streik der Beamten zieht bereits weitere Kreise. Es besteht die Gefahr, daß die Genbarmerie, die Finanzbeamten und die Postbeamten sind anzuschließen. Auch die Eisenbahnen haben darauf hinzielende Beschlüsse gefaßt. Die Postangestellten wollen gleichfalls auf die Seite der Streikenden treten.

Berlin, 8. Dez. Der radikale Eisenbahnerbund ersuchte den Minister um Annahme der letzten Forderungen bis 23. Dezember. Der Deutsche Beamtenbund wird am 13. Dezember über den Generalkonflikt eintraglich schlüssig machen, falls bis dahin die Forderungen des Beamtenbundes nicht angenommen sind.

Berlin, 8. Dez. Die Demokraten und die Deutschnationalen traten heute im Reichstag zu Fraktionsitzungen zusammen, um sich mit der Frage der Beamtenbesoldung zu befassen, die morgen im Plenum zur Verhandlung kommt. Aus Kreisen der deutschnationalen Fraktion erfahren wir: Es wurde der Wunsch geäußert, daß auch diejenigen Beamten, die unterhalten sind oder die keine Kinder haben, Zulagen erhalten sollen. Bisher sind nur Kinderzulagen vorgelesen. Die Kinderlosen sind also nicht berücksichtigt. Die bisherigen Teuerungszulagen betragen 50 Prozent. Die Deutschnationalen verlangen 75 Prozent. Die Deutschnationalen ver-

den nun einen Antrag einbringen, in dem auch die Kinderlosen Berücksichtigung finden sollen. Der Besoldungsausschuß des Reichstages beschäftigt sich mit dem Sperrgeleit. Nach demokratischen Abänderungsanträgen sollen die Löhne der Aufsicht über die Regelung der Gemeindefunktionen besoldung erhalten werden. Außerdem soll eine Einkommengrenze nach unten festgesetzt werden. Bei Schiedsprüchen sollen Vertreter der Organisations mitentscheiden. Die Regierung erhob Widerspruch. Der Ausschuß verlagte sich, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den Anträgen Stellung zu nehmen.

Eine amtliche Erklärung der Regierung.

Gegenüber der in den letzten Tagen einsetzenden passiven Resistenz einiger Gruppen von Beamten nimmt die Reichsregierung Veranlassung, zu betonen, daß sie in der Frage des Beamtenstreiks nach wie vor auf dem Boden der von der preußischen Staatsregierung im Einverständnis mit der damaligen Reichsregierung am 20. Februar d. J. abgegebenen Erklärung steht. In dieser erkennt die preussische Staatsregierung das Koalitionsrecht der Beamten an. Mit dem Begriffe des Koalitionsrechts ist aber das sogenannte Streikrecht nicht untrennbar verbunden. Das Streikrecht ist an die Erfüllung der Dienstpflicht gebunden. Das Streikrecht hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streikens seines Dienstverhältnisses verlustig geht. Auch hat er die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Dienstentlassung zu gewärtigen. Den Beamten stehen andere Mittel zur Verfügung, um ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Zu dieser Erklärung wird noch amtlich bemerkt, die Reichsregierung kann keinen Unterschied anerkennen zwischen dem Fernbleiben von der Arbeitsstelle und der Verhinderung der Arbeit auf der Arbeitsstelle, zwischen Streik und sogenannter passiver Resistenz. In allen diesen Fällen verliert der Beamte die ihm obliegenden Dienstpflichten. Infolgedessen hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung und Verlust seines Dienstverhältnisses zu gewärtigen.

Verhandlungen über künftige deutsche Kohlenlieferungen.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission über die von Deutschland zu machenden Kohlenlieferungen nach Ablauf des Spaer-Abkommens am Ende des nächsten Monats haben in Paris begonnen. Von deutscher Seite nehmen daran teil: Staatssekretär Reigmann, die Direktoren Angerer, Rüben und Lämmerich, und als Vertreter der Arbeitnehmerschaft die Herren Siegel und Franz Schmidt, die inzwischen in Paris eingetroffen sind.

Die deutsche Antwort auf die letzte Beschwerdenote der Entente.

Die Antwort auf die von den Ententemächtern Englands, Frankreichs und Belgiens am Montag überreichte Protestnote wegen der im Rheinland gehaltenen Waisensitzungen ist noch nicht erfolgt. Die Veröffentlichung der Note wird gleichzeitig mit der Antwort des Kabinetts erfolgen, das sich in seiner gestrigen Sitzung über die Maßnahmen der Antwort bereits schlüssig geworden ist.

Die Kosten des Verwaltungsapparats der Sozialisierung.

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelskongress wurde berichtet, daß die Sozialisierung nach dem Plan Rathenau oder dem Plan Leberer die Einstellung von 1000 neuen Beamten erfordere, die an Gehalt und Pension im Jahre 140 Millionen Mark verbrauchen würden. In Kreisen der Sachverständigen hält man die Zahl von 1000 Angestellten bei der Einrichtung der Zentralstelle und 20 Generaldirektionen sowie die Aufwandssumme für Löhne und Gehälter im Betrage von 140 Millionen noch für zu niedrig. Der Leiter Rathenau und Leberer vorgelegene Umgestaltung unserer Kohlenwirtschaft die Produktion durch Vermehrung der Verwaltungsstellen sehr vermindert.

Die Berliner Elektrizitätsarbeiter regen sich wieder.

Die Berliner Elektrizitätsarbeiter regen sich schon wieder. Eine Vollversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Elektrizitätswerke nahm gestern nachmittags einstimmig eine Entschliessung an, in der sie zugleich für die Arbeitslosen folgende Forderungen aufstellte: 1. Erhöhung der Unterstützung auf die volle Höhe des Existenzminimums. 2. Eingliederung in den Produktionsprozeß. 3. Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen. 4. Abbau der Lebensmittelpreise und Befämpfung des Wuchers. Die Elektrizitätsarbeiter erklären ausdrücklich, diese Forderungen mit den Arbeitslosen zusammen erkämpfen zu wollen. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, sich gleichfalls die gesamten Forderungen zu eigen zu machen.

Die amerikanischen Truppen am Rhein.

Wie „Die neue Zeit“ in Chicago mitteilt, hat eine Kriegerversammlung amerikanischer Bürger die Rückführung der amerikanischen Truppen am Rhein gefordert und der Regierung davon Kenntnis gegeben. In der Versammlung erklärte der frühere New Yorker Hafenkommissar, Malone, es müsse geradezu Enttäuschung unter den amerikanischen Völkern herrschen, daß zwei Jahre nach dem Arzige noch immer eine amerikanische Besatzung am Rhein stehe und die fortgesetzte Besetzung angehängt der schwarzen Banden in französischer Uniform erwecke den Eindruck, daß Amerika die unmensliche Politik aufweise, daß Frankreich dem besiegten deutschen Volk gegenüber verhalte. Trotzdem ru in Amerika noch manche Aufklärung vor. Denn in letzter Zeit wird die amerikanische Presse wieder ausgezeichnet durch England kontrolliert. Es ist möglich, eine Nachricht die der Entente unangenehm sein könnte, in die großen Blätter englischer Sprache hineinzubringen, da alle diese Nachrichten von Reuters und anderen Büros einfach nicht nach Amerika gegeben werden. So wird natürlich das große Publikum in Amerika nichts von der schwarzen Besatzung am Rhein.

Das nahende Ende der Kaiserin.

Wie aus Haus Doorn gemeldet wird, kann die Herzogin der Kaiserin nur noch durch Injektionen aufrechterhalten werden. Gestern kamen die Prinzen August Wilhelm und Eitel Friedrich in Doorn an.

Der Aelterntenausschuß des Reichstages hat sich mit der Frage beschäftigt, ob bei einem Ableben der Kaiserin die Reichsregierung eine Verleumdungsbauverfassung veranlassen solle. Man ging dabei von der Uebersetzung aus, daß es sich hier um eine rein menschliche und keine politische Angelegenheit handle. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion ließen erkennen, daß sie sich an einer solchen Rundgebung nicht beteiligen und ihr fernbleiben werden. Die Fraktion der Unabhängigen wird wahrscheinlich im Plenum mit einem Protest gegen die Rundgebung antworten. Jüngere Reichstagsmitglieder wurden nicht gefragt.

Austroslische Wolle für Deutschland.

Die „Times“ meldet: Die südafrikanische Regierung hat einen Sachverständigen nach Berlin geschickt zwecks Finanzierung von Wolleexporten nach Deutschland. Der Wolleexport Südafrikas hat sich in den letzten Monaten beunruhigend durch den Fortfall der japanischen Abnehmer gekürzt. Basis der zu bewilligenden Kredite soll der beschlagnahmte deutsche Rest in Südafrika sein, der auf 10 Millionen Pfund geschätzt wird. Der jetzt in Berlin heimische Delegierte wird auch ein Austauschverhältnis zwischen Südafrika und Deutschland einleiten. Diese Vorschläge sind vom Landwirtschaftsminister Malan auf einer Vollversammlung aufgenommen worden. Malan teilt mit, daß die Zustimmung der Eigentümer des deutschen Restes zur Verpfändung notwendig sei. Der deutsche Export nach Südafrika beträgt in den letzten Monaten über 500 000 Pfund.

Die „Times“ meldet: aus Melbourne: Die australische Bundesregierung hat die Exportverbote nach Deutschland, Österreich, Ungarn, Türkei und Bulgarien aufgehoben, um die Weltausfuhr dorthin zu heben. Die Einfuhrverbote werden aufrecht erhalten. Dazu ist zu bemerken: So lange Australien noch eine Sperrungspolitik gegen Deutschland und die anderen gerinn-